

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 9

Rubrik: Aus Zeitschriften

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Vergleich des Funktionierens des englischen und des deutschen Parlamentarismus fällt für diesen letztern sehr ungünstig aus. Wie rasch ist Parlamentsauflösung, Neuwahl und Regierungsneubildung in England erledigt gewesen! Und wie unglaublich langsam und unsicher arbeitet dagegen die vielräderige deutsche Maschinerie.

* * *

Zum Schluß sei noch kurz auf Umstellungen und sich ankündigende Neuorientierungen in andern Staaten hingewiesen: In Frankreich wird der innere Kampf immer heftiger. Die Rechte sammelt sich überall unter der Führung Millerands. Neue Blätter werden gegründet, eine neue Partei soll den überlebten nationalen Block ersetzen. Demgegenüber geht die radikale Regierung in ihren Staatsmaßnahmen immer schärfer vor. Es entwickelt sich nach und nach ein richtiger Kulturkampf. Am höchsten gehen die Wellen in Elsaß-Lothringen. Außerdem greift die Linkspresse die Führer der Rechten, Poincaré an der Spitze, immer schärfer an und sucht sie möglichst bloßzustellen. Dieser innere Kampf kann natürlich für Frankreichs Stellung in der Welt nicht ohne Bedeutung bleiben.

In Italien wird der Kampf der Linken gegen die Regierung Mussolini ebenfalls immer schärfer. Bereits glauben viele, daß die Tage der Herrschaft des Fascismus gezählt seien. Der Wunsch beeinflusst da wohl die Einschätzung stark. Wir glauben ganz und gar nicht, daß die Stellung Mussolinis schon so erschüttert ist, daß ein Umschwung in naher Aussicht wäre. Immerhin lenkt die innere Auseinandersetzung die Aufmerksamkeit der Italiener immer mehr auf sich. Sie muß deshalb die Kräfte des Landes ziemlich binden.

Vor einer ernsten Entscheidung steht heute Südslawien. Dort treten sich die Kroaten und Slowenen einerseits, die Serben andererseits gegenüber. Die bevorstehenden Wahlen müssen die Entscheidung, wenigstens die vorläufige, über die zentralistische oder föderalistische Gestaltung des Staates bringen.

In Belgien wird das Frühjahr ebenfalls Neuwahlen bringen. Dort drängt sich die Auseinandersetzung zwischen Flamen und Wallonen immer mehr in den Vordergrund. Der Kampf geht um die Errichtung der vlämischen Universität Gent, um die Teilung des Heeres nach Sprachen, um die Amnestie der politischen, meist vlämischen Gefangenen u. s. w. Die Neuwahlen können aber auch für die allgemeine Orientierung der belgischen Politik einen Einfluß haben. Gegen das Zusammengehen durch Dick und Dünn mit Frankreich machen sich doch nach und nach viele Stimmen geltend.

Das sind einige wenige, in nächster Zeit zur Lösung gelangende oder neu sich aufdrängende Fragen der europäischen Politik. Von der überseeischen ist dabei noch nicht einmal die Rede. Der Stoff für die Rundschau wird also nicht ausgehen!

W a r a u, den 24. November 1924.

Hektor Ammann.

Aus Zeitschriften

Über „Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika“ handelt ein Beitrag von Dr. H. A. S. Lufft in New York in Heft 4/1924 des „Weltwirtschaftlichen Archivs“. Mit treffenden Worten zeichnet darin Lufft die weltpolitische Einschätzung, welche Europa in Amerika erfährt. „„Loß von Europa“, das ist der Wille der überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volkes. . . Jede Verstrickung in europäische Angelegenheiten wird heute grundsätzlich von den meisten Amerikanern abgelehnt. . . Europa ist zur Zeit ein hoffnungsloses und bedeutungsloses Objekt für Amerika.“ „Die infolge des Krieges eingetretene Verschiebung des Kräfteschwerpunktes aus London, Paris,

Berlin nach Washington, aber auch nach Ottawa, Rio de Janeiro, Buenos Aires — und nach Ostasien, die Untergrabung des Dogmas von der Überlegenheit der weißen Rasse bei den afrikanischen und asiatischen Völkern, hat dieser Auffassung, daß Europa als Zentrum der Weltpolitik und damit auch der Weltgeschichte anzusehen sei, ein Ende bereitet.“ „Die Bismarck-Gladstone'sche Politik einer Einigung der europäischen Völker unter englisch-deutscher Führung auf Grund gemeinsamer Kolonialinteressen gegen fremde Rassen und nichteuropäische Staaten ... ist durch die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain zur Utopie geworden. Die Idee einer franko-englischen Verständigung, die gegenwärtig wohl Mac Donald wie Herriot hat, dürfte schließlich an der ausgesprochenen kolonialen Dualität ... und an der Gegensätzlichkeit der kontinentalen Interessen scheitern.“

Die Los von Europa-Bewegung Amerikas zeigt sich 1. in dem steigenden wirtschaftlichen Selbständigkeitswillen und in der steigenden zollpolitischen Abschließung der Vereinigten Staaten gegenüber Europa und 2. in der steigenden Beschränkung der Einwanderung.

Das 19. Jahrhundert mit seiner Kolonialpolitik diente der territorialen Ausweitung, um dann in der zweiten Hälfte die industrielle und kommerzielle Ausweitung zu betreiben. Es benötigte hierzu des für Europa typisch überschüssigen Kapitalsfaktors „Mensch“, um ihn mit dem für Amerika typischen Kapitalsfaktor „Grund und Boden“ zu vereinen, wozu der aufnehmende Staat außerdem ein ungeheures Kapital an Sachgütern bereitzustellen hatte, um die Einwanderer wirtschaftlich und kulturell assimilieren zu können. So erwies sich jede Einwanderung als eine Nugbarmachung und Verwendung zurückgelegter Kapitalien. — Heute könnte sich nun der nämliche Prozeß wieder abspielen. Nordamerika leidet an einer Überproduktion mit ihren Folgen Produktionseinschränkung, Arbeitslosigkeit und Konsumeinschränkung. Das Mittel dagegen wäre eine stark einsetzende Einwanderung, denn dadurch wäre fortwährend Kapital und Arbeit begehrt, das den Assimilationsprozeß der Neulinge vermitteln müßte. Allein, so naheliegend die Anwendung dieses Mittels ist, es steht ihr die geistige Einstellung des Amerikaners gegenüber; ihr widerspricht die gegenwärtig lebendige Staatsidee der Vereinigten Staaten, welche „ihren Schwerpunkt in der Idee sozialen Ausgleichs, kultureller und nationaler Organisation des Volks, mit dem Ziel eines breiten, reichen, die physischen wie die psychischen Erfordernisse des Menschen wohl berücksichtigenden, allerdings im Übermaß schematisierenden Lebensstandards“ hat. Ihr widerspricht ferner der Wunsch des amerikanischen Volkes, „von der kolonialen, vorwiegend auf Kapitalproduktion, auf Ausweitung eingestellten Wirtschaft zu einer, nur die vorhandene Bevölkerung und deren natürliche Vermehrung berücksichtigende Verbrauchswirtschaft“ überzugehen.

Die Argumentation Luffs ist zweifellos stichhaltig; seine Einschätzung Europas für uns niederschlagend. Zu schweizerischer Nutzenwendung diene nur ein Hinweis: Die U. S. A. waren seit Kriegsende unsere besten Abnehmer. So ging dorthin 1921 über 27 % unserer Ausfuhr.

Hans Mettler.

Wissen und Leben/Novemberheft — Dietrich Schindler, Gedanken über schweizerische Innenpolitik.

In Volk und Behörden mangle es heute an lebendigem, vorwärtstreibendem Geist. Nicht daß die Behörden sich der öffentlichen Dinge zu wenig annähmen. Im Gegenteil. Das Übermaß dringender Alltagsarbeit mache ihnen die Verfolgung größerer Ziele unmöglich. So fehle es der Innenpolitik an großen Ausblicken und deshalb sei auch die Fähigkeit, Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden, verloren gegangen.

Letzteres treffe besonders für die Parlamente zu. Sie könnten, im Gegensatz zu den Regierungen, bestimmen, welche Gegenstände in erster Linie behandelt werden müßten. Das Tempo, in dem wichtige und schwierige Fragen heute durch sie behandelt würden, zeige aber, wie wenig sie mit dem Herzen dabei seien. Man denke an die Arbeit für das Strafgesetzbuch, die eidgenössische

Verwaltungsgerichtsbarkeit, die Überfremdungsfragen, das Postverkehrsgegesetz u. s. w.; alles Fragen, deren Lösung nicht wesentlich von dem Zustand der staatlichen Geldmittel, sondern vorwiegend vom Geist und guten Willen abhängig sei. Unsere Zeit erinnere in vielem an die Restaurationsepoche, der auch klare Ziele gefehlt hätten.

Die Stimmung im Volke bestätige diesen Eindruck, daß wir uns in einem Zeitabschnitt politischer Ebbe befinden. In Bund und Kantonen folge eine verwerfende Volksabstimmung der andern. Dafür könne nicht der Zufall verantwortlich gemacht werden, sondern es müsse sich ein allen Abweisungen gemeinsamer Beweggrund auffinden lassen. Dieser liege nicht in einer verfassungswidrigen Vollmachtenpolitik des Bundesrates. Dagegen sei das Volk in eine gewisse Verwerfungsstimmung hineingekommen durch die zahlreichen, auf Untergrabung des politischen und sozialen Bestandes der Schweiz gerichteten Initiativen (Aufhebung der Militärjustiz, Vermögensabgabe, Zollinitiative). Aber auch darin sei nicht der wahre Beweggrund zu erblicken, denn das Volk habe auch die Lex Häberlin und die Fabrikgesetznovelle verworfen. Vielmehr könne man daraus nur schließen, daß das Volk eine gemäßigte Mittellinie einhalten wolle und Angriffe von links und rechts zurückweise. Es äußere damit ein starkes Bewußtsein vom bloß relativen Wert aller politischen Anschauungen. Der Krieg habe diesen politischen Skeptizismus noch gesteigert. Und in der Nachkriegszeit seien Erschlaffung und enttäuschte Hoffnung hinzugetreten und das Gefühl der Macht- und Nutzlosigkeit aller Anstrengung gegenüber den beherrschenden internationalen Fragen der Nachkriegszeit, zu deren Lösung wir nichts Wesentliches beitragen konnten.

Und schließlich die politische Gleichgültigkeit vieler Intellektueller und die Abwendung der Jugend von der Politik. Diese habe ihren Grund einmal darin, daß Vielen der Sinn für alles abgehe, was außerhalb ihrer engsten persönlichen Interessen stehe, ferner, daß Manche sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für ein Ziel einsetzen möchten und das im Geschäft oder im Sport leichter können als in der Politik. Wo das öffentliche Leben diesen Einsatz der ganzen Persönlichkeit gestatte, hätten sich die Jugend und die Intellektuellen zur Verfügung gestellt. So beruhe die Volkstümmlichkeit des Militärdienstes in erster Linie auf der von ihm gebotenen Möglichkeit, einem überpersönlichen Zweck zu leben. Im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sei die geistige Vorbereitung und die praktische Verwirklichung des heutigen Staates Sache der Intellektuellen gewesen. Sie hätten verstanden, den Bedürfnissen der Masse Gestalt zu geben und sie dadurch zu leiten. Wenn heute die entsprechenden Kräfte so spärlich seien, so liege das weniger etwa an mangelndem Wissen vom Staate und seinen Aufgaben, als vielmehr am Willen. Und daß es an diesem fehle, habe seine Ursache z. T. an der Art der heutigen Durchschnittspolitik, die dem Einzelnen keine oder nur spärlich Gelegenheit biete, seine ganze Persönlichkeit dafür einzusetzen, weil ihre Beweggründe heute nicht mehr wie früher Ideen, sondern lediglich egoistische Interessen seien. So liege im Wandel der politischen Motive der Schlüssel für das Verständnis unserer heutigen innerpolitischen Verhältnisse.

Politische Rundschau/Novemberheft — A. Baumann, Die Ergebnisse der Volkszählung von 1920 in ihren politischen Auswirkungen. Eine Volkszählung rufe der Frage, was die Änderungen in der Zusammensetzung unserer Bevölkerung, von der sie Kunde gebe, politisch zu bedeuten haben. Über folgende Änderungen gebe die Volkszählung von 1920 Aufschluß: In der Urproduktion (Landwirtschaft u. s. w.), die vor 50 Jahren noch über 46 % aller Erwerbenden beschäftigte, sind heute noch 24,6 % der Erwerbenden tätig (1910 noch 25,7 %). Einen ähnlichen Niedergang weise auch das Handwerk auf. Die Verhältniszahl der in diesem Berufe Tätigen ist von 12,4 % vor 20 Jahren auf 10,3 % im Jahre 1920 gefallen. Umgekehrt habe die Industriebevölkerung in den letzten 20 Jahren um nahezu 400,000 Personen zugenommen, ebenso die in Handel, Verkehr und öffentlicher Verwaltung beschäftigte Bevölkerung um über 100,000 Personen. Dieser beruflichen Umschichtung entspreche eine soziale Neuschichtung:

im vergangenen Jahrzehnt haben die Selbständigerwerbenden weiter an Zahl abgenommen, während die Zahl der unselbständig Erwerbenden sich weiter beträchtlich vermehrt habe. Heute stehen 371,000 Selbständigerwerbende 802,000 Arbeitern, Hilfsarbeitern und unteren Angestellten gegenüber.

Bisher seien es vorwiegend ideale Fragen gewesen, die bestimmte Volksgruppen zu politischen Parteien zusammengeführt haben. Erst seit einigen Jahren sei neben der Berufspartei der Sozialdemokraten die reine Berufspartei die Bauern- und Gewerbspartei entstanden. Letztere allerdings in einem für sie ungünstigen Zeitpunkt. Während sie vor 100 Jahren noch Aussicht gehabt hätte, die politische Macht zu erringen, müsse sie heute als Minderheitspartei bei dieser oder jener Nebenpartei Anschluß und Hilfe suchen. Es sei daher ein Fehler, reine Berufsverbände zu politischen Parteien umkremeln zu wollen.

Unklug wäre es auch, die drei großen Produktionszweige der Landwirtschaft, der Industrie und des Gewerbes zu einer einzigen großen „Produzentenpartei“, die die absolute Mehrheit des Schweizer Volkes auf ihrer Seite haben sollte, zusammenzuschließen. Denn abgesehen von der Unmöglichkeit ihres praktischen Zustandekommens, würde der kleinste Versuch eines Rechtskurzes für die großen historischen Parteien verhängnisvoll werden. Denn dann würden sich weitere Massen von Unselbständigerwerbenden, wie Beamte, untere Angestellte, Festbesoldete der sozialdemokratischen oder einer besonderen Linkspartei zuwenden. So müsse die freisinnig-demokratische Partei nach wie vor darauf bedacht sein, keine Standes-, Berufs- oder Klassenpartei, sondern eine alle Kreise in sich schließende Volkspartei zu bleiben. D.

Bücherbesprechungen

Der Adlerflug über Rhein und Äquator.*)

Gemeint ist der Flug des französischen Adlers, d. h. die französische Rhein- und Kolonialpolitik. Es ist ein kleines Büchlein und darum ist es keine ausführliche Darstellung, aber sie ist wertvoll, einmal weil sie von einem dänischen Schriftsteller herrührt und sodann um zweier Tatbestände willen, von denen der eine dank einer geschickten Behandlung der öffentlichen Meinung und der andere wohl mehr aus Mangel an Unterrichtung unserer Zeitungen noch nicht recht zur allgemeinen Kenntnis gelangt ist. Der Verfasser führt nämlich drei französische militärische Schriftsteller an, welche in kurz vor dem Kriege erschienenen Büchern ebenso männlich wie eindrucksvoll gegen den Pazifismus als eine Art der Feigheit, weil er die Mannhaftigkeit eines Volkes schwäche, und für eine kriegerische Gesinnung auftraten. Oberstleutnant Montaigne feiert Blüchers Tat, als er bei Wigny zu Boden geworfen, seine fliehenden Soldaten zum Stehen brachte, und sie aus der Niederlage zum Siege bei Waterloo herum warf, als das schönste Manöver, das er auf Erden habe ausführen sehen. Aus Gronards Krieg, der kommen kann (1913), ist wiedergegeben, wie sich der Verfasser, der dann folgenden Geschichte ziemlich nahekommend, den Kriegsausbruch denkt: Österreich wird gegen Serbien vorzugehen gezwungen sein, Rußland wird Serbien helfen, Deutschland nach Osten bedeutende Kräfte abgeben und dann kann die französische Heeresleitung mit ungebrochener Stärke im günstigsten Augenblick zum Angriff gegen den deutschen Nachbarn vorgehen und wird es tun müssen. Solche Äußerungen werden nicht hervorgeholt, um an den französischen Offizieren Kritik zu üben; durchaus nicht, denn sie haben von ihrem Standpunkt aus richtig gedacht. Aber hat der preußische Militarismus, z. B. durch den Mund

*) Karl Larsen: Der Adlerflug über den Rhein und den Äquator, Meimar Hobbing, Berlin 1924.